

FIN 4 2016.RRGR.81

Rückweisungsantrag

Version 1

18.11.2016 / AO

Aufgaben-/Finanzplan 2018-2020 (Gesamtstaat und Justiz) des Kantons Bern



Urheber/-in	Rückweisungsantrag	+	-
	Der Aufgaben-/Finanzplan 2018-2020 (Gesamtstaat und Justiz) des Kantons Bern wird an den Regierungsrat zurückgewiesen mit folgenden Auflagen:	++	--
FiKo-Mehrheit (Iseli)	Auflage: Der Grosse Rat ist darüber zu informieren, mit welchen Massnahmen der Regierungsrat einen ausgeglichenen Haushalt ab 2018 erreichen will.		-
	1. Die Massnahmen müssen gewährleisten, dass künftig auch unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Steuerstrategie und der vom Grossen Rat erteilten finanzpolitischen Aufträge* keine Neuverschuldung mehr entsteht, das heisst auch die Schuldenbremse der Investitionsrechnung eingehalten wird: *Finanzmotion 012-2016 (Haas, Bern): „Notwendige Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche und juristische Personen“ <u>Ziffer 2:</u> Der Regierungsrat wird beauftragt, im AFP 2018-2020 eine zusätzliche Senkung der Steueranlage um 0,5 Steuerzehntel vorzusehen. Angenommen vom Grossen Rat am 15.03.2016 mit 87 Ja zu 63 Nein bei 2 Enthaltungen		

FiKo-Mehrheit (Iseli)	<u>Ziffer 3:</u> Der Regierungsrat wird beauftragt, zusätzlich im Rahmen des AFP 2018-2020 die mit der Umsetzung der Steuerstrategie vor-gesehene Senkung der Gewinnsteuer zu berücksichtigen bzw. vorsorglich entsprechende Überschüsse vorzusehen. Angenommen vom Grossen Rat am 15.03.2016 mit 92 Ja zu 62 Nein bei 0 Enthaltungen <u>Motion 165-2015 (EVP, Kipfer) „Nach ASP nun eine Verwaltungs- und Effizienzüberprüfung“</u> Der Regierungsrat wird beauftragt Arbeitsabläufe, Standards und Effizienz in der Verwaltung mit der Zielsetzung der kostenmässigen Optimierung zu überprüfen. Er legt dazu dem Grossen Rat ein entsprechendes Projekt vor. Angenommen vom Grossen Rat am 16.01.2016 mit 83 Ja zu 55 Nein bei 8 Enthaltungen <u>Planungserklärung der FiKo zum AFP 17-19: Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum“</u> Die FiKo beantragt, dass im AFP finanzieller Handlungsspielraum für die Umsetzung notwendiger Steuersenkungen für natürliche und juristische Personen geschaffen wird mit dem Ziel, dass sich der Kanton Bern im interkantonalen Steuerranking wesentlich verbessern kann. Angenommen vom Grossen Rat am 23.11.2015 mit 87 Ja zu 54 Nein bei 0 Enthaltungen 2. Der Regierungsrat berücksichtigt die vom Grossen Rat in den letzten Jahren erteilten finanzpolitischen Aufträge* spätestens im Finanzplanjahr 2020. 3. Die Massnahmen haben schwergewichtig auf der Ausgabenseite zu greifen. 4. Die Massnahmen können dem Grossen Rat als separater Bericht vorgelegt werden. Der AFP ist nicht zwingend anzupassen.		